

»Auch die Kunden müssen in Aktionen einbezogen werden«

Schlecker trickst: Tausende sollen entlassen und zu Hungerlöhnen wieder eingestellt werden. Ein Gespräch mit Hermann Schaus

Gitta Düperthal



Hermann Schaus ist gewerkschaftspolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Die Linke im hessischen Landtag

Die Gewerkschaft ver.di warnt, die Drogeriekette Schlecker wolle Tausende Beschäftigte entlassen, um sie anschließend zu schlechteren Bedingungen in sogenannten Schlecker XL-Läden anzustellen. Die Linksfraktion im hessischen Landtag will nun, gemeinsam mit ver.di, zum Boykott der neuen Läden aufzurufen. Wie haben Sie von diesem Skandal erfahren?

Ver.di hat mich eingeladen, am Freitag in Groß-Bieberau im Landkreis Darmstadt-Dieburg bei einer Protestkundgebung um 16 Uhr vor dem Schleckermarkt zu den Beschäftigten zu sprechen. Dort will Schlecker vier Kolleginnen entlassen, um sie in unmittelbarer Nachbarschaft in einer neuen sogenannten XL-Filiale zu schlechteren Bedingungen wieder einzustellen. Das wollen wir in Kooperation mit der Gewerkschaft verhindern. Ich bin dort Wahlkreisabgeordneter, zudem war ich zwölf Jahre Geschäftsführer von ver.di Südhessen und kenne die Situation dort gut.

Miese Arbeitsbedingungen und Lohndumping bei Schlecker sind ein bekanntes Thema. Wie kommt es Ihrer Meinung nach zu Versuchen, die Ausbeutung erneut auf die Spitze zu treiben?

Schlecker versucht wie andere Unternehmen auch – beispielsweise das Darmstädter Echo – die Gunst der Stunde zu nutzen. Diesen Geschäftsführungen kommt die Schwächung der Gewerkschaften durch die Agenda-Politik der letzten Jahre gerade recht, um den Niedriglohnsektor massiv auszudehnen. Die Unternehmer glauben offenbar, jetzt wieder Tariffucht begehen zu können. Ich erinnere mich noch genau daran, daß das Inhaber-Ehepaar Anton und Christa Schlecker 1998 zu je zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von einer Million Euro verurteilt wurden, weil die Behauptung, Schlecker bezahle nach Tarif, sich als Betrugsversuch herausgestellt hatte. Anscheinend hat aber die Strafe das auf mehrere Milliarden Euro geschätzte Ehepaar sowie die Geschäftsleitung nicht zur Einsicht gebracht.

Was plant Schlecker genau?

Vor Jahren wurde das Unternehmen durch eine Gewerkschaftskampagne gezwungen, Tariflöhne zu zahlen und Betriebsräte zuzulassen – und nun will es das Rad der Geschichte wieder zurückdrehen. Die Firma will offenbar sogar sittenwidrige Löhne zahlen, die um mehr als 30 Prozent niedriger als

der ortsübliche Lohn sind. In Hessen muß Schlecker zur Zeit 12,36 Euro pro Stunde zahlen, geplant ist, auf 7,80 Euro heruntergehen. Bundesweit werde je nach Marktlage, sogar Stundenlöhne von 3,50 bis 6,50 Euro angepeilt. Unserer Ansicht nach wendet sich die Umstrukturierung auch gegen die erfolgreich arbeitenden Betriebsräte. In Südhessen sind hauptsächlich Frauen aktiv – sehr engagiert und kämpferisch. Diese Durchsetzungskraft und gewerkschaftliche Stärke will man zerschlagen.

Beschäftigte, die längere Zeit unter Druck der Geschäftsleitungen stehen, leiden häufig unter einem Burn-Out-Syndrom. Wie reagieren sie psychisch auf die Schlecker-Pläne?

Keiner der Beschäftigten kann sicher sein, daß nicht an seinem Standort ein formaljuristisch selbständiger, tarifloser XL-Laden eröffnet wird. Da steht dann genauso Schlecker dran. Einzig die Logos unterscheiden sich durch sechs Punkte unter dem Schriftzug. D. h., die Beschäftigten stehen permanent unter Druck durch die ständige Angst Entlassung und Lohnsenkung. Da müssen auch die Kunden in Aktionen einbezogen werden.

Weshalb nehmen Sie sich als Landtagsfraktion der Partei die Linke des Themas an? Wollen Sie wieder an die Basis gehen, weil im Landtag mit CDU/FDP-Mehrheit alles abgebügelt wird und nichts zu erreichen ist?

Wir haben uns die ganze Zeit schon mit gewerkschaftlicher Politik beschäftigt. Zu den Streiks bei Federal Mogul und in den Kitas haben wir jeweils eine aktuelle Stunde im Landtag durchgesetzt. Wir sind basisorientiert – brauchen es also nicht erst zu werden.

Ist Politik an der Basis insofern erfrischender, weil Die Linke im Landtag sowieso immer überstimmt wird?

Nach unserem Verständnis gehören Probleme von Arbeitnehmern, von sozial Benachteiligten, sowie ihrer Gruppen auch in den Landtag. Wir bringen das permanent ein.